

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 7

Artikel: Selbsthilfe im Wohnungswesen : die österreichische Siedlungsbewegung
Autor: Kampffmeyer
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328673>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Selbsthilfe im Wohnungswesen.

Die österreichische Siedlungsbewegung.

Von Regierungsrat Dr. R a m p f f m e y e r, Vorstand des
Siedlungsamtes der Stadt Wien.

Es ist in diesen Monaten viel über die Kreditaktion geschrieben worden, durch die der Völkerbund dem zerstückelten und zusammengebrochenen Deutschösterreich zu Hilfe kam. Dagegen hört man wenig von den Bemühungen der Österreicher, durch eigene Anstrengungen ihre wirtschaftliche Lage zu bessern. Wohl die interessanteste und wichtigste unter diesen Bestrebungen ist die *Siedlerbewegung*, die sich in vieler Hinsicht von den gleichgerichteten Bestrebungen anderer Länder unterscheidet.

Schon der Ursprung dieser Bewegung ist charakteristisch. In den anderen Ländern hatte die Wohnungsnot zur Siedler- und Kleingartenstadtbewegung geführt. In Österreich empfing sie ihren wichtigsten Antrieb von der Nahrungsmittelnöte des Krieges und der Nachkriegszeit. Sie ist ein Kind der Kleingartenbewegung. Der Hunger zwang den Wienern den Spaten in die Hand und nötigte sie, durch eigene Gartenarbeit die ungenügende Menge der vom Staat zugewiesenen Lebensmittel zu ergänzen. Die Zahl der Kleingärtner stieg von 3000 im Jahre 1915 auf 70.000 im Jahre 1922. Da die meisten von ihnen in irgendeiner Mietskaserne gelegenen Wohnungen weite Wege zu ihren Gärten zurückzulegen hatten, bauten sie sich — meist aus Brettern — kleine Gartenhäuschen, um mit ihren Familien darin den Sommer zuzubringen und den Garten besser bewirtschaften und bewachen zu können. Viele gewannen dem Gartenleben Geschmack ab und sie bauten ihre Hütten etwas besser aus, um auch den Winter darin zu verbringen. Die nach dem Kriege gewaltig wachsende Wohnungsnot förderte diese Entwicklung und es entstanden auf diese Weise Hunderte von meist recht primitiven und nicht immer schönen Wohnhütten.

Um diese unregelmäßige Bautätigkeit in geordnete Bahnen zu leiten, wurden Siedlungsgenossenschaften gegründet, denen binnen kurzer Zeit Zehntausende von Menschen beitraten. Um die Bewegung zu fördern, schuf die Gemeinde Wien, in deren Gemeinderat die Sozialdemokratie seit der Revolution eine Zweidrittelmehrheit besitzt, ein Siedlungsamt und ein Kleingartenamt zur Behandlung aller mit dem Siedlungs- und Kleingartenwesen zusammenhängenden Fragen. Dem großen Geländebedarf suchte die Gemeinde dadurch zu entsprechen, daß sie rund 50 verschiedene mehr oder minder große Siedlungsgebiete bestimmte, in welchen nur kleine Siedlungshäuser mit Gärten gebaut werden dürfen. Auch stellte sie den Siedlern und Kleingärtnern den größten Teil ihres Bodenbesitzes zur Verfügung.

Die Hauptschwierigkeit bestand in der Kapitalsbeschaffung. Von den Schwierigkeiten, die die Finanzierung in einem Lande macht, in welchem 14.000 Papierkronen kaum so viel wert sind, als eine Gold-

krone vor dem Kriege, kann sich der Außenstehende kaum einen Begriff machen. Diese Schwierigkeit wurde dadurch ganz wesentlich gesteigert, daß die Mieten infolge der Mieterschutzgesetzgebung nur auf etwa das 250fache des Friedenszinses gestiegen sind. Es ist klar, daß mit der 250fachen Friedensmiete nicht die 14,000fachen Friedensbaukosten gedeckt werden können. Der naheliegende Gedanke, die Mieten gleichfalls auf das 14,000fache zu steigern, und dadurch eine Rentabilität der Neubautätigkeit zu erreichen, ist aus verschiedenen Gründen nicht zu verwirklichen. Vor allem deshalb nicht, weil das Einkommen nicht nur der Arbeiter, sondern auch des Mittelstandes so gesunken ist, daß eine derartige Mieterhöhung aus den gegenwärtigen Einkommen nicht gedeckt werden kann, und deshalb zu gewaltigen Lohnkämpfen führen müßte.

So blieb denn in einer Zeit, in der für eine Tasse Kaffee 5000 bis 5500 Kronen, also gerade soviel, wie vor dem Kriege für ein ganzes Siedlerhaus bezahlt werden muß, nichts anderes übrig, als die Siedlungsbautätigkeit durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zu fördern. Diese Mittel bringt die Gemeinde Wien zum Teil durch die Erhebung einer Wohnbausteuer auf, zu der alle Bewohner der alten Wohnungen beizutragen haben, zum Teil durch Wohnbauanleihen, zum größeren Teil jedoch aus allgemeinen Steuermitteln. Für das laufende Jahr hat die Gemeinde rund 40 Milliarden für die Errichtung von großen Miethäusern und von Siedlerhäusern vorgesehen, wodurch gleichzeitig die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Da die Baukosten für ein Siedlerhaus von 200,000 Kronen im Frühjahr 1921, den Beginn der Siedlungsbautätigkeit in Oesterreich, auf jetzt 70 bis 80 Millionen Kronen gestiegen sind, so werden damit den für die Förderung des Siedlungswesens in Aussicht genommenen 100 Milliarden ungefähr 550 Häuser fertiggestellt werden können, so daß die Zahl der in Wien seit 1921 erbauten Siedlerhäuser auf zirka 2400 steigen wird. Diese Leistung der sozialdemokratischen Verwaltung wird nur der recht einschätzen, der sich erinnert, in welch verzweifelter Zustand sie nach der Revolution die Gemeindefinanzen übernehmen mußte und wie man noch vor wenig Jahren dem „Wasserkopf Wien“ jede Daseinsberechtigung in dem kleinen Oesterreich absprechen wollte.

Ungeachtet der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse von Staat und Gemeinde mußte von vorneherein auf möglichst große Ersparnisse bei der Bauausführung hingearbeitet werden. Hiefür ergaben sich verschiedene Möglichkeiten. An Stelle der breiten Straßen, die früher in Wien ganz allgemein üblich waren, begnügte man sich in den Siedlungen zumeist mit Wohnstraßen von nur 5 bis 6 Meter Breite. Man verzichtete auf Kanalisation und führte an Stelle der Wasserklosette Torfstreu klosette ein, die gleichzeitig den großen Vorteil haben, daß der Siedler für seinen Garten die erforderlichen Düngstoffe kostenlos gewinnt. Es wurde ferner darauf hingearbeitet, daß die Größen der Siedlungshäuser auf ein Mindestmaß herabgesetzt wurden. Die Siedlerhäuser haben zumeist nur eine überbaute Fläche von 37 bis 43 Quadratmeter (ohne die Stallanbauten) und enthalten im Erd-

geschloß eine Wohnküche und einen Spülraum, im Obergeschoß ein Schlafzimmer für die Eltern und zwei kleinere Schlafräume für die Kinder.

Weitere Ersparnisse wurden dadurch erreicht, daß die Grundrisse, und vor allem die Bauteile, t y p i s i e r t wurden. In den verschiedenen Siedlungen wird zumeist nur je ein bestimmter Grundriß ausgeführt. Für die Fenster, Türen, Treppen und dergleichen sind bestimmte Typen ausgearbeitet worden, die im großen hergestellt werden. Weitere Ersparnisse werden dadurch erreicht, daß zumeist auf eine Unterkellerung verzichtet wird und die lichte Höhe der Wohnräume auf 2,40 Meter festgesetzt ist. Die meisten Siedlungen wurden bisher mit Schlackenbetonhohlsteinen errichtet, weil diese billiger wie Ziegelsteine kamen. Erst neuerdings werden wieder Ziegel verwendet, nachdem sich die Ziegelpreise im Verhältnis zu den Zementpreisen wieder günstiger stellen. Um Material zu sparen, werden jedoch durchweg nicht Vollmauern, sondern verschiedene Arten von Hohlmauern angewendet.

Mehr als alle diese Maßnahmen hat zur Verbilligung der Siedlungsbauten die u n b e z a h l t e Mitarbeit der Siedler beigetragen. Der Gedanke an diese Siedlerarbeit lag um so näher, als die genossenschaftliche Selbsthilfe schon in der Kleingartenbewegung eine wichtige Rolle spielte. Zunächst begnügten sich die Genossenschaften mit einigen hundert Stunden, doch wurden sie durch die wirtschaftliche Not gezwungen, die Anforderung an die Mitarbeiter der Siedler auf 1000, 1500, ja 2000 Stunden zu steigern. Schon jetzt nach zwei Jahren gibt es Tausende von Siedlern, die unter Verzicht auf jede freie Stunde neben ihrer Berufsarbeit 1500 bis 2000 und mehr Siedlerstunden geleistet haben.

Die Art der Siedlerarbeit hängt von der Zusammensetzung der Genossenschaft ab. Vor allem werden diejenigen Arbeiten geleistet, die jeder gesunde Mensch ohne besondere Berufsbildung lernen kann, also in erster Linie die Erdarbeiten. Die Siedler graben die Fundamente, sie bauen die Straßen und heben die Gräben für Wasser- und Gasleitungen aus. Viele Genossenschaften haben eigene Sand- und Kiesgruben, manche auch eigene Steinbrüche, in denen die Siedler unter fachmännischer Aufsicht arbeiten. Siedler, vielfach auch Siedlerfrauen und Jugendliche, sieben die Schlacken durch, die zur Erzeugung von Schlackensteinen benötigt werden, sie transportieren mit Feldbahnen die Baustoffe dahin, wo sie gebraucht werden, sie fertigen mit Hilfe von handbetriebenen Maschinen die Schlackensteine. Selbstverständlich werden gelernte Arbeiter so viel als möglich in ihrem Beruf verwendet. Die Buchführung und die genossenschaftlichen Verwaltungsgeschäfte werden zumeist von Kaufleuten und anderen geistigen Arbeitern als unbezahlte Siedlerarbeit übernommen. Besonders geschätzt sind als Siedler natürlich die Bauarbeiter, und die Genossenschaften sind bestrebt, einen guten Stamm von Bauarbeitern anzusiedeln. Die Maurer, Zimmerer, Schreiner, Schlosser, Spengler und dergleichen arbeiten acht Stunden gegen Bezahlung u n d d a n n noch hinterher einige Stunden als Siedler.

Die meisten Genossenschaften haben eigene Werkstätten eingerichtet, in denen sie Fenster, Türen, Treppen, Kochherde und andere Bauteile selber erzeugen. Zur Beschäftigung der auf Nebenverdienst angewiesenen Siedlerfrauen haben acht Genossenschaften genossenschaftliche Nähstuben eingerichtet, deren Erzeugnisse vom Konsumverein übernommen werden.

Der Erfolg der Siedlerarbeiten ist bei den einzelnen Genossenschaften je nach ihrer Zusammensetzung und Leitung sehr verschieden. Am besten haben sich diejenigen bewährt, die sich in der Hauptsache aus *organisierten* Arbeitern zusammensetzen und deren Mitglieder eine ausreichende Anzahl von Baufacharbeitern aufweisen. Bei der Leistung von ungefähr 2000 Arbeitsstunden für ein Haus, wie sie bei den meisten fertiggestellten Siedlerhäusern geleistet wurden, kann man auf eine Baukostenersparnis von rund 20 Prozent rechnen. Die Siedlerarbeit hat nicht nur allein eine finanzielle, sondern auch eine große *moralische* Bedeutung. Durch sie werden von vorneherein solche Elemente ausgeschieden, die nicht von großer Arbeitsfreudigkeit beseelt sind. Durch das Zusammenarbeiten am gemeinsamen Werk treten sich die aus verschiedenen Berufskreisen stammenden Menschen näher und wird der genossenschaftliche Sinn gestärkt. Diese Menschen verwachsen mit ihrem Heim, das sie mit soviel Arbeit geschaffen hatten, ganz anders, als diejenigen, die ein Haus ohne eigene Mitarbeit zugewiesen erhalten.

Auf diesem Wege der Selbsthilfe hat die Gemeinde im vorigen Jahr einen neuen wichtigen Schritt unternommen. Sie hat der gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt „Gesiba“, an der sie neben den Siedlungsgenossenschaften und dem Staat als Geldgeber beteiligt ist, fünf Milliarden Kronen überwiesen. Dadurch ist die „Gesiba“ in den Stand gesetzt, den Siedlern und Kleingärtnern, die sich aus eigener Kraft ein Häuschen bauen wollen, einen Teil der erforderlichen Baustoffe und Bauteile kreditweise zur Verfügung zu stellen.

Da sich in der gegenwärtigen Zeit nur ganz wenige aus eigenen Mitteln ein Siedlerhaus errichten können, so soll durch die Gewährung dieser kurzfristigen Darlehen einer Anzahl von arbeitsfreudigen Menschen, die einige Ersparnisse ihr eigen nennen, Gelegenheit geboten werden, sich eine Wohngelegenheit allerbescheidensten Umfanges, ein sogenanntes „Kernhaus“, zu bauen, das später allmählich zu einem normalen Siedlerhaus erweitert werden kann. Hierbei wird stark damit gerechnet, daß der Siedler aus seinem 350 bis 400 Quadratmeter großen Garten einen sehr viel größeren Ertrag herauswirtschaften kann als vorher, wo er weite Wege von seiner Wohnung zu seinem Garten zurücklegen mußte. Der höhere Gartenenertrag wird ihm also wesentliche Ersparnisse ermöglichen, die er für die Abzahlung der Bau-schulden und für den späteren Ausbau des Hauses verwenden wird. Damit seine Ersparnisse nicht durch ein Sinken der Valuta entwertet werden können, ist die interessante Einrichtung getroffen, daß er sie bei der „Gesiba“ einzahlen kann und ihm dafür eine entsprechende Menge

von Baustoffen gutgeschrieben wird, die er dann beziehen kann, wenn er an den Ausbau des „Kernhauses“ herantritt.

Die Siedlerbewegung in Oesterreich hätte ihre bisherigen Erfolge nicht erreicht, wenn sie es nicht verstanden hätte, sich in kurzer Zeit eine kraftvolle Organisation zu schaffen. Die Siedlergenossenschaften, Kleingartenvereine und die dem Siedlungswesen freundlich gegenüberstehenden Gemeinden, Gewerkschaften und Beamtenorganisationen sind im österreichischen Verband für Siedlungs- und Kleingartenwesen zusammengeschlossen, der rund 40,000 Mitglieder umfaßt. Der Verband ist von den Behörden, insonderheit der Gemeinde Wien, und auf dem letzten Parteitag auch von der sozialdemokratischen Partei, als Vertretung des Siedler- und Kleingartenwesens offiziell anerkannt. Er gibt eine Zeitschrift in einer Auflage von über 40,000 heraus, hat eine Rechtsauskunftsstelle, eine Vermessungsstelle (zur Durchführung der Geländeaufnahmen), eine Kleingartenstelle (die Unterrichtskurse und praktische Uebungen veranstaltet, Entwürfe für die Einteilung von Gärten macht und die Gartenpflege beaufsichtigt), schließlich auch ein Baubureau, das Haustypen und ganze Siedlungen entwirft, sowie ihre Bauausführung überwacht. Die Baustoffbeschaffung geschieht durch die schon erwähnte „Gesiba“, die Beschaffung von Sämereien, Pflanzen, Gartengeräten und dergleichen durch eine von der Gemeinde zusammen mit der „Gesiba“ gegründete Gesellschaft „Kleingartenstelle“.

Wenn man die großen Schwierigkeiten berücksichtigt, die die junge Siedlerbewegung bisher überwinden mußte und überwunden hat, so darf man sie, die von den tatkräftigen und arbeitsfreudigsten Elementen der Bevölkerung getragen wird, als eines der wichtigsten Glieder unter den vielfältigen Bemühungen um den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Deutschösterreich werten. Und wenn sich die hiebei gesammelten Erfahrungen auch nicht ohne weiteres auf andere Länder übertragen lassen, so sind sie vielleicht doch geeignet, brauchbare Anregungen zu geben.

Henry Ford und der Sozialismus.

Von Friedrich Heeb.

I.

In der verflossenen Kampagne gegen den Raub der 48-Stundenwoche ist von unserer Seite übereinstimmend in allen Artikeln und Reden darauf hingewiesen worden, daß die Frage der *Produktionssteigerung* in erster und letzter Linie ein *technisches* Problem sei, die Arbeitszeitverlängerung, ganz abgesehen von der erzreaktionären, für das Proletariat undiskutierbaren Tendenz einer solchen Parole, als ein Versuch mit untauglichen Mitteln bezeichnet werden müsse. Daran werden wir nach dem 17. Februar um so mehr festhalten, als mit der Niederlage der *Lex Schulthess* in der Volksabstimmung ganz selbstverständlich der Kampf gegen den Achtstunden-